

Antrag 268/I/2019**Felicitas Tesch (Charlottenburg-Wilmersdorf)****Der Landesparteitag möge beschließen:****Gründung AK konfessionsloser Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten**

1 Der Parteivorstand wird aufgefordert, die Voraussetzung
2 zu schaffen, um einen „Arbeitskreis konfessionsloser So-
3 zialdemokratinnen und Sozialdemokraten“ zu gründen
4 und diesen in das Statut aufzunehmen, gleichberechtigt
5 den Arbeitskreisen von Mitgliedern der Religionsgemein-
6 schaften.

7

8 Begründung

9

- 10 1. Den Angaben des Statistischen Bundesamtes ist zu
11 entnehmen, dass der Anteil der Konfessionslosen
12 in der Bundesrepublik Deutschland gut ein Drittel
13 beträgt – mit zunehmender Tendenz. (Es gibt Re-
14 gionen, so auch in Berlin, in denen der Anteil bei
15 60% liegt.) Es liegt nahe, dass die Mitglieder unserer
16 Partei, die sich von einer säkularen, humanistischen
17 Gesinnung bzw. Weltanschauung getragen wissen,
18 Aufgaben haben und Ziele verfolgen, die als eige-
19 ne definiert werden und von den nachstehenden
20 Arbeitskreisen, die bereits existieren, nicht wahrge-
21 nommen werden können.
- 22 2. Es existiert der Arbeitskreis Christinnen und Chris-
23 ten in der SPD (AKC) als eine Interessensvereinigung
24 innerhalb der Sozialdemokratischen Partei Deutsch-
25 lands. Der AKC war bis 2007 ein Arbeitskreis auf Bun-
26 desesebene als lockerer Zusammenschluss ehrenamt-
27 lich Engagierter. Er war zunächst konfessionell in ei-
28 nen evangelischen und einen katholischen Teil ge-
29 trennt. Mit dem Umzug der Bundesregierung nach
30 Berlin wurde er ökumenisch. Anfang Januar 2008
31 wurde der AKC vom SPD-Parteivorstand als Arbeits-
32 kreis offiziell anerkannt.
- 33 3. Der Arbeitskreis Jüdischer Sozialdemokratinnen
34 und Sozialdemokraten (AJS) wurde im April 2007
35 gegründet und ist ein Arbeitskreis innerhalb der
36 Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Die
37 Parteispitze der SPD begrüßte ausdrücklich die
38 Gründung. Der Generalsekretär der SPD Hubertus
39 Heil sagte: „Ich freue mich, dass Juden und Jüdinnen
40 mit dem neuen Arbeitskreis nun auch institutionell
41 in der SPD ihr Engagement zeigen. Wir freuen uns
42 auf die Zusammenarbeit.“
- 43 4. Im Februar 2004 wurde der „Arbeitskreis Muslime in
44 der SPD“ gegründet; Atila Ülger und Selma Yilmaz-
45 Ilkhan waren dafür besonders aktiv. Die stellvertre-
46 tende SPD-Vorsitzende und Integrationsbeauftragte
47 der Bundesregierung, Aydan Özoguz, bezeichne-
48 te die Initiative als „hoffnungsfrohes Signal“. Der
49 Arbeitskreis soll für mehr Normalität im Umgang
50 mit Menschen islamischen Glaubens sorgen. “Die

- 51 SPD begreift sich als eine Gemeinschaft von Män-
52 nern und Frauen, die aus verschiedenen Glaubens-
53 und Denkrichtungen kommen und auf der Grundla-
54 ge gemeinsamer Werte - nämlich Freiheit, Gerech-
55 tigkeit und Solidarität – sozialdemokratische Poli-
56 tik gestalten” sagt Özoguz. Auch in der SPD wird
57 ‚Muslim-Sein‘ häufig als ‚Anders-Sein‘ thematisiert
58 – egal ob man nun den Glauben tatsächlich prakti-
59 ziert oder nicht. Vielleicht kann der AK Muslime hier
60 integrativ wirken.
- 61 5. Die vorstehend genannten Fakten, die jeweils ih-
62 re nachvollziehbare Berechtigung haben, sollten ein
63 hinreichender Beleg dafür sein, dass innerhalb un-
64 serer Partei der Wunsch nach Austausch auch in-
65 nerhalb der Zugehörigkeit einer Religionsgemein-
66 schaft besteht. Dieses Anliegen haben gleichbe-
67 rechtigt auch die Vertreter einer säkularen Weltan-
68 schauung, Frauen und Männer, die konfessionslos
69 leben oder sich humanistischen Prinzipien verpflich-
70 tet fühlen. Eine solche Position, die den Grundwer-
71 ten der Pluralität und der Toleranz verpflichtet ist,
72 ist selbstverständlich konform zu unserem Grund-
73 gesetz; es zeigt sich z.B. auch in der Berliner Verfas-
74 sung und dem Berliner Schulgesetz.
- 75 6. Die Annahme des Antrages beendet die Ungleichbe-
76 handlung von Konfessionsgebundenen und Konfes-
77 sionslosen in der Partei und schließt eine nachfol-
78 gende Debatte über die inhaltliche Ausgestaltung
79 nicht aus. Es versteht sich von selbst, dass diese kon-
80 form zur Statut der Partei sein muss.
- 81